

## **Einführungsgesetz zum Ausländer- und zum Asylgesetz (EG AuG und AsylG)**

vom 20.01.2009 (Stand 01.12.2018)

---

*Der Grosse Rat des Kantons Bern,*

in Ausführung von Artikel 12 der Bundesverfassung<sup>1)</sup> und Artikel 29 der Kantonsverfassung<sup>2)</sup>, gestützt auf Artikel 86, 98 Absatz 3 und 124 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG<sup>3)</sup>), Artikel 88 Absatz 1 der Verordnung des Bundesrates vom 24. Oktober 2007 über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE<sup>4)</sup>) und Artikel 80 und 82 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG<sup>5)</sup>),  
auf Antrag des Regierungsrates,

*beschliesst:*

### **1 Gegenstand**

#### **Art. 1**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt den Vollzug des AuG und des AsylG auf kantonaler Ebene.

### **2 Zuständigkeiten im ausländerrechtlichen Bereich**

#### **Art. 2 Zuständigkeiten \***

<sup>1</sup> Der Regierungsrat bestimmt durch Verordnung die für den Vollzug des AuG zuständigen Stellen der Polizei- und Militärdirektion und der Volkswirtschaftsdi-rektion.

<sup>2</sup> Er bestimmt die Aufgaben, die den Gemeinden zur Unterstützung der kanton-  
alen Behörde zukommen.

---

<sup>1)</sup> SR 101

<sup>2)</sup> BSG 101.1

<sup>3)</sup> SR 142.20

<sup>4)</sup> SR 142.201

<sup>5)</sup> SR 142.31

\* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

<sup>3</sup> Er kann die Verfügungskompetenz beim Vollzug des AuG ganz oder teilweise den Gemeinden übertragen. Gegen Verfügungen der Gemeindeorgane kann bei der Polizei- und Militärdirektion Beschwerde geführt werden. Für das Beschwerdeverfahren gelten die Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG<sup>6)</sup>).

#### **Art. 2a \* Interinstitutionelle Zusammenarbeit**

<sup>1</sup> Die zuständigen Stellen gemäss diesem Gesetz arbeiten mit anderen Institutionen zusammen, um die Eingliederung von Personen und deren finanzielle Unabhängigkeit zu fördern. Dazu gehören insbesondere die Organe der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung und der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.

<sup>2</sup> Die Datenbearbeitung und -bekanntgabe in der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) richten sich nach der kantonalen Arbeitsmarktgesetzgebung.

### **3 Sozialhilfe für Personen des Asylbereichs**

#### **Art. 3 Zuständigkeiten**

<sup>1</sup> Die zuständige Stelle der Polizei- und Militärdirektion ist zuständig für die Gewährung der Sozialhilfe an folgende Personen:

- a Asylsuchende, soweit sie nicht von der Sozialhilfe ausgeschlossen sind,
- b Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung,
- c vorläufig Aufgenommene, die sich seit weniger als sieben Jahren in der Schweiz aufhalten,
- d vorläufig Aufgenommene, die sich seit mehr als sieben Jahren in der Schweiz aufhalten, soweit sie offensichtlich nicht integriert sind.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat regelt durch Verordnung

- a die für die Gewährung der Sozialhilfe nach Absatz 1 zuständige Stelle,
- b die Berechnung der Frist von sieben Jahren nach Absatz 1 Buchstaben c und d,
- c die Voraussetzungen für die Anwendung von Absatz 1 Buchstabe d.

---

<sup>6)</sup> BSG 155.21

**Art. 4** *Übertragung des Vollzugs*

<sup>1</sup> Die Behörde nach Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a kann die Gewährung der Sozialhilfe mit einem Leistungsvertrag an öffentliche oder private Trägerinnen und Träger übertragen. Sie weist ihnen Personen nach Artikel 3 Absatz 1 zu. Diese Trägerinnen und Träger können im Rahmen der ihnen übertragenen Kompetenzen Verfügungen erlassen. Über Beschwerden entscheidet die Polizei- und Militärdirektion. \*

<sup>2</sup> Der Regierungsrat bestimmt durch Verordnung die Minimalbedingungen für den Abschluss eines Leistungsvertrages.

<sup>3</sup> Die Polizei- und Militärdirektion setzt bei Leistungsverträgen nach Absatz 1 eine Kommission ein und bestimmt als Kommissionsmitglieder Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Gemeinden. Sie bezeichnet die den Trägerinnen und Trägern zugewiesenen Gebiete.

<sup>4</sup> Die Kommission steht den Trägerinnen und Trägern beratend zur Seite und befasst sich mit allen für die Gemeinden wesentlichen Fragestellungen, die mit der Umsetzung der Leistungsverträge verbunden sind.

<sup>5</sup> ... \*

**Art. 4a** \* *Unterbringung***1. Normale Lage**

<sup>1</sup> Die zuständige Stelle der Polizei- und Militärdirektion sorgt in Zusammenarbeit mit den Trägerinnen und Trägern nach Artikel 4 Absatz 1 für eine ausreichende Anzahl an geeigneten temporären und dauerhaften Unterbringungsplätzen für Personen nach Artikel 3 Absatz 1 und schafft angemessene Reserven.

<sup>2</sup> Sie orientiert sich dabei an den Prognosen der Bundesbehörden zur Entwicklung der Asylgesuche.

<sup>3</sup> Die Gemeinden sowie die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter sind frühzeitig in die Suche nach Unterbringungsplätzen einzubeziehen, und sie wirken aktiv mit.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat kann den Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthaltern Aufgaben nach Absatz 1 und Koordinationsaufgaben nach Artikel 4d Absatz 5 übertragen.

**Art. 4b \* 2. Angespante Lage**

<sup>1</sup> Droht die Anzahl der Personen nach Artikel 3 Absatz 1 die zur Verfügung stehenden Unterbringungsplätze innert weniger Monate zu übersteigen und kann kurzfristig kein ausreichender Wohnraum auf dem freien Markt beschafft werden, beauftragt der Regierungsrat die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden eine bestimmte Anzahl an kurzfristig realisierbaren Unterbringungsplätzen zu bezeichnen. Er setzt dafür eine angemessene Frist.

<sup>2</sup> Können nicht genügend Unterbringungsplätze mit Massnahmen nach Artikel 4a und 4b Absatz 1 beschafft werden, weisen die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter einzelne Gemeinden an, kurzfristig belegbare und geeignete Unterbringungsplätze zur Verfügung zu stellen. Soweit es die Umstände erfordern, können sie selbstständig bestimmte Unterkünfte bezeichnen.

<sup>3</sup> Eine Massnahme nach Absatz 2 dauert längstens zwei Jahre.

<sup>4</sup> Beschwerden gegen Verfügungen nach Absatz 2 haben keine aufschiebende Wirkung. Im Übrigen richtet sich das Verfahren nach dem VRPG.

**Art. 4c \* 3. Notlage**

<sup>1</sup> In Notlagen kommen die Bestimmungen des Kantonalen Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzes vom 19. März 2014 (KBZG<sup>7)</sup>) zur Anwendung.

**Art. 4d \* 4. Gemeinsame Bestimmungen**

<sup>1</sup> Bei den Unterbringungen nach den Artikeln 4a und 4b ist auf eine möglichst ausgeglichene regionale Verteilung und eine kostengünstige Unterbringung zu achten.

<sup>2</sup> Die Unterkünfte müssen durch ihre Grösse, Beschaffenheit und Lage eine angemessene Unterbringung und Betreuung der Personen nach Artikel 3 Absatz 1 ermöglichen.

<sup>3</sup> Der Kanton trägt die Kosten für den Betrieb von Unterkünften sowie für die Unterbringung und Betreuung der Personen nach Artikel 3 Absatz 1.

<sup>4</sup> Er richtet den Gemeinden eine angemessene Entschädigung für die Nutzung von kommunalen Einrichtungen aus.

<sup>5</sup> Er stellt den Gemeinden die notwendigen Informationen bereit und koordiniert die Zusammenarbeit.

---

<sup>7)</sup> BSG 521.1

<sup>6</sup> Der Regierungsrat regelt das Nähere durch Verordnung und kann weitere Kriterien für die Unterbringung von Personen nach Artikel 3 Absatz 1 festlegen.

#### **Art. 5** *Bemessung der Sozialhilfeleistungen*

<sup>1</sup> Der Ansatz für die Unterstützung der Personen nach Artikel 3 Absatz 1 berücksichtigt die Höhe der Beiträge des Bundes und das Verhalten der bedürftigen Person. Er kann von den Ansätzen für die einheimische Bevölkerung abweichen.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat erlässt nähere Bestimmungen über die Bemessung der Sozialhilfeleistungen. Er kann diese Befugnis an die Polizei- und Militärdirektion übertragen.

#### **Art. 6** *Kürzung der Sozialhilfeleistungen*

<sup>1</sup> Die Sozialhilfeleistungen können gekürzt werden, wenn

- a die bedürftige Person ihrer Mitwirkungspflicht gegenüber den für das Asylverfahren zuständigen Behörden nicht oder nur ungenügend nachkommt oder
- b ein Tatbestand nach Artikel 83 Absatz 1 AsylG erfüllt ist.

<sup>2</sup> Die Leistungskürzung darf den absolut nötigen Existenzbedarf nicht berühren. Sie darf nur die fehlbare Person selbst treffen.

#### **Art. 7** *Besondere Leistungsangebote*

<sup>1</sup> Die für die Gewährung der Sozialhilfe für Personen nach Artikel 3 Absatz 1 zuständige Behörde kann für diese Personen besondere Leistungsangebote zur Vorbereitung und Erleichterung der Rückkehr in die Heimat bereitstellen. \*

#### **Art. 8** *Anrechnung Lastenausgleich*

<sup>1</sup> Die Sozialhilfekosten für Personen nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d werden dem Lastenausgleich Sozialhilfe zugeführt.

#### **Art. 8a** \* *Schweigepflicht, Mitteilungen an Dritte und Auskunftspflichten*

<sup>1</sup> Die Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Juni 2001 über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG)<sup>8)</sup> über die Schweigepflicht, Mitteilungen an Behörden und Private sowie Auskunftspflichten gelten beim Vollzug der Sozialhilfe nach diesem Gesetz sinngemäss.

---

<sup>8)</sup> BSG 860.1

## 4 Nothilfe

### Art. 9

<sup>1</sup> Personen mit rechtskräftigem negativem Asyl- und Wegweisungsentscheid, deren Ausreisefrist abgelaufen ist, sind von der Sozialhilfe ausgeschlossen. Sie haben bei Bedarf Anspruch auf Nothilfe.

<sup>2</sup> Die Behörde nach Artikel 3 Absatz 1 ist für die Gewährung der Nothilfe zuständig.

<sup>3</sup> Sie kann die Gewährung der Nothilfe mit einem Leistungsvertrag an Trägerinnen und Träger nach Artikel 4 Absatz 1 übertragen. \*

<sup>4</sup> Der Regierungsrat erlässt Bestimmungen über

- a die Voraussetzungen für den Zugang zur Nothilfe, insbesondere über die Feststellung der Identität,
- b die Haftung für Kosten für Leistungen, die ohne Auftrag an Personen nach Absatz 1 erbracht werden, und
- c die Art und den Inhalt der Nothilfeleistungen.

<sup>5</sup> Die Behörde nach Artikel 3 kann zugunsten von unbegleiteten Minderjährigen oder anderen besonders Verletzlichen von den Bestimmungen nach Absatz 4 Buchstabe c abweichen.

## 5 Anordnung der Ausschaffung und Zwangsmassnahmen \*

### Art. 10 \* Anordnung

<sup>1</sup> Die Anordnung der Ausschaffung, der Durchsuchung und der in Artikel 73 bis 81 AuG aufgeführten Zwangsmassnahmen obliegt der zuständigen Stelle der Polizei- und Militärdirektion (Art. 2 Abs. 1).

<sup>2</sup> Soweit der Regierungsrat nach Artikel 2 Absatz 3 die Verfügungskompetenz in ausländerrechtlichen Angelegenheiten an Gemeinden überträgt, kann auch die Zuständigkeit für die Anordnung der Ausschaffung und von Zwangsmassnahmen übertragen werden.

### Art. 11 Verfahren

<sup>1</sup> Zwangsmassnahmen sind schriftlich anzuordnen und zu begründen.

<sup>2</sup> Ausländische Personen, die aufgrund einer Zwangsmassnahme inhaftiert werden, sind in einer ihnen verständlichen Sprache über die Gründe der Haft und über die ihr zustehenden Rechte zu unterrichten.

**Art. 12 \* Rechtsschutz**

<sup>1</sup> Zuständige richterliche Behörde gemäss den Artikeln 70 und 73 bis 81 AuG ist das kantonale Zwangsmassnahmengericht.

<sup>2</sup> Die Entscheide des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts können mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

<sup>3</sup> Das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht richtet sich unter Vorbehalt der nachfolgenden Regelungen nach dem VRPG: \*

*a* Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage.

*b* Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

*c* \* ...

**5a Vollzug freiheitsentziehender Zwangsmassnahmen des Ausländerrechts****Art. 12a \* Vollzug**

<sup>1</sup> Die zuständige Stelle der Polizei- und Militärdirektion vollzieht die freiheitsentziehenden Zwangsmassnahmen des Ausländerrechts in geeigneten Räumlichkeiten.

<sup>2</sup> Die Bestimmungen der Justizvollzugsgesetzgebung finden Anwendung, soweit dies mit dem Zweck des Freiheitsentzugs vereinbar ist und nachfolgend keine besonderen Regelungen getroffen werden. \*

<sup>3</sup> ... \*

**Art. 12b \* Rechte der Eingewiesenen \***

<sup>1</sup> Die Eingewiesenen haben Anspruch auf täglich mindestens eine Stunde Aufenthalt im Freien. \*

<sup>2</sup> Soweit nicht Gründe der Sicherheit und Ordnung entgegenstehen, haben Eingewiesene zudem Anspruch auf \*

*a* \* gemeinschaftliche Unterbringung und soziale Kontakte,

*b* \* nicht überwachte telefonische und briefliche Kontakte zur Aussenwelt und nicht überwachten Empfang von Besuch.

<sup>3</sup> Dauert der Freiheitsentzug länger als zwei Monate, wird den Eingewiesenen eine angemessene Arbeit angeboten. \*

<sup>4</sup> Den Bedürfnissen von Schutzbedürftigen und Familien mit Kindern ist bei der Ausgestaltung des Vollzugs Rechnung zu tragen. \*

<sup>5</sup> ... \*

**Art. 12c \*      *Sicherheit und Ordnung* \***

<sup>1</sup> Die Bestimmungen der Justizvollzugsgesetzgebung zu Sicherheit und Ordnung sind anwendbar, soweit dies mit dem Zweck des Freiheitsentzugs vereinbar ist. \*

<sup>2</sup> Die Artikel 28, 30 und 40 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 über den Justizvollzug (Justizvollzugsgesetz, JVG)<sup>9)</sup> sind nicht anwendbar. \*

**Art. 12d \*      *Rechtsschutz* \***

<sup>1</sup> Gegen Verfügungen der Leitung der Vollzugseinrichtung können die Eingewiesenen Beschwerde bei der Polizei- und Militärdirektion führen. \*

<sup>2</sup> Entscheide der Polizei- und Militärdirektion können mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden. \*

<sup>3</sup> Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. \*

**Art. 12e \*      *Ausführungsbestimmungen* \***

<sup>1</sup> Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten durch Verordnung. \*

**Art. 12f–12g \* ...****6 Gebühreninkasso****Art. 13**

<sup>1</sup> Die Gebühren für Verfahren, die sich aus den Zuständigkeiten dieses Gesetzes ergeben, erhebt die Behörde nach Artikel 2 in der Regel per Rechnung.

<sup>2</sup> Die Gebühren für Verfahren, die sich im Zusammenhang mit Entfernungsmassnahmen ergeben, kann sie per Nachnahme erheben.

**7 Übergangs- und Schlussbestimmungen****Art. 14 *Übergangsbestimmung***

<sup>1</sup> Die Umstellung der wirtschaftlichen Hilfe für vorläufig Aufgenommene, die bis spätestens 31. Dezember 2003 in die Schweiz eingereist sind, auf die ordentliche Bemessung nach Artikel 31 ff. des Gesetzes vom 11. Juni 2001 über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG<sup>10)</sup>) erfolgt bis spätestens 31. Dezember 2010.

---

<sup>9)</sup> BSG [341.1](#)

<sup>10)</sup> BSG 860.1

**Art. 15** *Änderung eines Erlasses*

<sup>1</sup> Das Gesetz vom 11. Juni 2001 über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG<sup>11)</sup>) wird wie folgt geändert:

**Art. 16** *Inkrafttreten*

<sup>1</sup> Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Bern, 20. Januar 2009

Im Namen des Grossen Rates  
Die Präsidentin: Loosli-Amstutz  
Der Vizestaatsschreiber: Krähenbühl

*RRB Nr. 1259 vom 1. Juli 2009:  
Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2010*

---

<sup>11)</sup> BSG 860.1

## Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
20.01.2009	01.01.2010	Erllass	Erstfassung	09-78
11.06.2009	01.01.2011	Art. 12	geändert	09-147
24.01.2011	01.01.2012	Art. 8a	eingefügt	11-104
20.03.2013	01.11.2013	Titel 5	geändert	13-65
20.03.2013	01.11.2013	Art. 10	geändert	13-65
20.03.2013	01.11.2013	Art. 12 Abs. 3	geändert	13-65
20.03.2013	01.11.2013	Art. 12 Abs. 3, c	aufgehoben	13-65
20.03.2013	01.11.2013	Art. 12a	eingefügt	13-65
20.03.2013	01.11.2013	Art. 12b	eingefügt	13-65
20.03.2013	01.11.2013	Art. 12c	eingefügt	13-65
20.03.2013	01.11.2013	Art. 12d	eingefügt	13-65
20.03.2013	01.11.2013	Art. 12e	eingefügt	13-65
20.03.2013	01.11.2013	Art. 12f	eingefügt	13-65
20.03.2013	01.11.2013	Art. 12g	eingefügt	13-65
19.11.2015	01.01.2017	Art. 2	Titel geändert	16-068
19.11.2015	01.01.2017	Art. 2a	eingefügt	16-068
24.11.2016	01.06.2017	Art. 4 Abs. 1	geändert	17-023
24.11.2016	01.06.2017	Art. 4 Abs. 5	aufgehoben	17-023
24.11.2016	01.06.2017	Art. 4a	eingefügt	17-023
24.11.2016	01.06.2017	Art. 4b	eingefügt	17-023
24.11.2016	01.06.2017	Art. 4c	eingefügt	17-023
24.11.2016	01.06.2017	Art. 4d	eingefügt	17-023
24.11.2016	01.06.2017	Art. 7 Abs. 1	geändert	17-023
24.11.2016	01.06.2017	Art. 9 Abs. 3	geändert	17-023
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12a Abs. 2	geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12a Abs. 3	aufgehoben	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12b	Titel geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12b Abs. 1	geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12b Abs. 2	geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12b Abs. 2, a	eingefügt	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12b Abs. 2, b	eingefügt	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12b Abs. 3	geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12b Abs. 4	geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12b Abs. 5	aufgehoben	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12c	Titel geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12c Abs. 1	geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12c Abs. 2	geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12d	Titel geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12d Abs. 1	geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12d Abs. 2	geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12d Abs. 3	eingefügt	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12e	Titel geändert	18-074

<b>Beschluss</b>	<b>Inkrafttreten</b>	<b>Element</b>	<b>Änderung</b>	<b>BAG-Fundstelle</b>
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12e Abs. 1	geändert	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12f	aufgehoben	18-074
23.01.2018	01.12.2018	Art. 12g	aufgehoben	18-074

## Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erllass	20.01.2009	01.01.2010	Erstfassung	09-78
Art. 2	19.11.2015	01.01.2017	Titel geändert	16-068
Art. 2a	19.11.2015	01.01.2017	eingefügt	16-068
Art. 4 Abs. 1	24.11.2016	01.06.2017	geändert	17-023
Art. 4 Abs. 5	24.11.2016	01.06.2017	aufgehoben	17-023
Art. 4a	24.11.2016	01.06.2017	eingefügt	17-023
Art. 4b	24.11.2016	01.06.2017	eingefügt	17-023
Art. 4c	24.11.2016	01.06.2017	eingefügt	17-023
Art. 4d	24.11.2016	01.06.2017	eingefügt	17-023
Art. 7 Abs. 1	24.11.2016	01.06.2017	geändert	17-023
Art. 8a	24.01.2011	01.01.2012	eingefügt	11-104
Art. 9 Abs. 3	24.11.2016	01.06.2017	geändert	17-023
Titel 5	20.03.2013	01.11.2013	geändert	13-65
Art. 10	20.03.2013	01.11.2013	geändert	13-65
Art. 12	11.06.2009	01.01.2011	geändert	09-147
Art. 12 Abs. 3	20.03.2013	01.11.2013	geändert	13-65
Art. 12 Abs. 3, c	20.03.2013	01.11.2013	aufgehoben	13-65
Art. 12a	20.03.2013	01.11.2013	eingefügt	13-65
Art. 12a Abs. 2	23.01.2018	01.12.2018	geändert	18-074
Art. 12a Abs. 3	23.01.2018	01.12.2018	aufgehoben	18-074
Art. 12b	20.03.2013	01.11.2013	eingefügt	13-65
Art. 12b	23.01.2018	01.12.2018	Titel geändert	18-074
Art. 12b Abs. 1	23.01.2018	01.12.2018	geändert	18-074
Art. 12b Abs. 2	23.01.2018	01.12.2018	geändert	18-074
Art. 12b Abs. 2, a	23.01.2018	01.12.2018	eingefügt	18-074
Art. 12b Abs. 2, b	23.01.2018	01.12.2018	eingefügt	18-074
Art. 12b Abs. 3	23.01.2018	01.12.2018	geändert	18-074
Art. 12b Abs. 4	23.01.2018	01.12.2018	geändert	18-074
Art. 12b Abs. 5	23.01.2018	01.12.2018	aufgehoben	18-074
Art. 12c	20.03.2013	01.11.2013	eingefügt	13-65
Art. 12c	23.01.2018	01.12.2018	Titel geändert	18-074
Art. 12c Abs. 1	23.01.2018	01.12.2018	geändert	18-074
Art. 12c Abs. 2	23.01.2018	01.12.2018	geändert	18-074
Art. 12d	20.03.2013	01.11.2013	eingefügt	13-65
Art. 12d	23.01.2018	01.12.2018	Titel geändert	18-074
Art. 12d Abs. 1	23.01.2018	01.12.2018	geändert	18-074
Art. 12d Abs. 2	23.01.2018	01.12.2018	geändert	18-074
Art. 12d Abs. 3	23.01.2018	01.12.2018	eingefügt	18-074
Art. 12e	20.03.2013	01.11.2013	eingefügt	13-65
Art. 12e	23.01.2018	01.12.2018	Titel geändert	18-074
Art. 12e Abs. 1	23.01.2018	01.12.2018	geändert	18-074
Art. 12f	20.03.2013	01.11.2013	eingefügt	13-65

---

<b>Element</b>	<b>Beschluss</b>	<b>Inkrafttreten</b>	<b>Änderung</b>	<b>BAG-Fundstelle</b>
Art. 12f	23.01.2018	01.12.2018	aufgehoben	18-074
Art. 12g	20.03.2013	01.11.2013	eingefügt	13-65
Art. 12g	23.01.2018	01.12.2018	aufgehoben	18-074